

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Einzelabnahme von der Redaktion wöchentlich 20 Pf., monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,80 Mk., halbjährlich 3,40 Mk., jährlich 6,40 Mk., bei den deutschen Postämtern wöchentlich 2,40 Mk., ohne Sachsendruck. / Alle Postämter, Postämter sowie unsere Buchhändler und Buchhandlungen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabweisbarer Ereignisse der Zeitungen, der Lieferanten oder der Buchhändlerverbindungen — bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. / Ferner hat der Abonnent in den oben genannten Fällen keine Rückgabe, falls die Zeitung verspätet, in betrüblichem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 20 Pf. / Anzeigen sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle, die Geschäftsstelle, / Anzeigen-Zustellungen werden anstandslos, / Zentrale Verteilung: Berlin S.W. 46.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
rentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 289.

Donnerstag den 12. Dezember 1918

77. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

### Brotmarken-Ausgabe.

#### I. Verforgungsberechtigte Bevölkerung.

1. Für die Zeit vom 23. Dezember 1918 bis 16. März 1919 haben zu erhalten:

- Rinder im 1. Lebensjahre wöchentlich 1 Pfund Schwarzbrot, also die rechte Hälfte des Brotmarkenheftes,
- Rinder im 2. und 3. Lebensjahre wöchentlich 3 Pfund Schwarzbrot, also 1 Brotmarkenheft, aus dem von jedem Blatte eine Einpfundmarke entfernt ist.
- Rinder im 4., 5. und 6. Lebensjahre wöchentlich 4 Pfund Schwarzbrot, also 1 vollständiges Brotmarkenheft.
- alle übrigen Personen, einschließlich der Kriegsgefangenen und Bewachungsmannschaften, wöchentlich 5 Pfund Schwarzbrot, also 1 vollständiges Brotmarkenheft und zur Erfüllung des fünften Pfundes einen besonderen Markenbogen mit derselben Gültigkeitsdauer wie das Brotmarkenheft.

2. Zuschläge für Schwerarbeiter, Jugendliche sowie für werdende und stillende Mütter werden angesichts der allgemeinen Erhöhung der Brotmarken auf 5 Pfund (s. Ziffer I d) gemäß Anordnung des Arbeiters- und Wirtschaftsministeriums künftig nicht mehr gewährt.

3. Alle diejenigen Personen über 6 Jahre, welche nicht schon bisher wöchentlich 5 Pfund Brot oder mehr erhalten haben, erhalten auf die Zeit vom 1. bis 22. Dezember 1918 zusammen mit den Brotmarken für die neue Brotmarkenperiode eine Ergänzungsmarke (nicht Bogen) über 3 Pfund Schwarzbrot oder 2 Pfund Mehl oder 15 Semmeln.

Diese Ergänzungsmarke erhalten also nicht diejenigen Personen, die bereits als Schwerarbeiter, Jugendliche, sowie werdende oder stillende Mütter ein 5. Pfund Brot als Zuschlag bekommen haben.

#### II. Selbstverforger.

Die Selbstverforger erhalten die Brotmarkenbogen für Januar, Februar und März 1919. Eine Änderung in der ihnen zu gewährenden Brotmenge ist für sie zunächst nicht vorgesehen. Die unter I Ziffer 3 erwähnte Ergänzungsmarke erhalten die Selbstverforger nicht.

III. Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden von jetzt an wieder durch die Buchdruckerei Klinitz und Sohn in Meißen zugehen. Etwasiger Mehrbedarf ist bei der Amtshauptmannschaft Meißen anzumelden.

Die Ausgabe der Brotmarken durch die Gemeindebehörden ist möglichst am 18. Dezember zu beenden.

Meißen, am 9. Dezember 1918.

1596 II E

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.

Freitag den 13. dieses Monats nachmittags von 2—5 Uhr werden an Stelle der bisher in Gebrauch gewesenen grauen Lebensmittelkarten neue Lebensmittelkarten

ausgegeben. Die Verbraucher erhalten gelbe und die Erzeuger rote Karten.

Die grauen Karten werden hiermit für ungültig erklärt und sind bei der Ausgabe zurückzugeben.

Wilsdruff, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

### Bekanntmachung.

Vom 12.—21. Dezember 1918 sollen im hiesigen Stadtbezirk die Schornsteine gereinigt werden.

Wilsdruff, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

## Reichsfinanzen und Steuerpolitik.

### Der Kampf um die Ostmark.

Von einem Ostmark-Deutschen wird uns geschrieben: Das Polentum fühlt sich seiner Sache schon ziemlich sicher. In der Provinz Polen wenigstens hat es so gut wie überall seine Hand auf die Staatsverwaltung gelegt, hat die deutschen Beamten vertrieben oder ihnen polnische Aufpasser auf die Nase gesetzt, hat Bürgerwehren organisiert, die ausschließlich polnische Führung gebrochen, hat dafür gesorgt, daß die deutsche Behörde aufgelöst wurde und auch die Ernährungswirtschaft der Provinz von jedem Berliner Einfluß unabhängig gemacht. Daß sie danach das Polnische als Amtssprache eingeführt haben, ist schon wie eine bare Selbstverständlichkeit hingenommen worden. Nun geht es auch den Schulen — den preussischen Staatsschulen — an den Krage. Der deutsche Sprachunterricht wird abgeschafft, zugunsten des polnischen natürlich, polnische Lehrer werden aus dem deutschen Sprachgebiet herangezogen, so daß jeder sich das Schicksal der deutschen Lehrer in den gemischtsprachigen Bezirken an den fünf Fingern abzählen kann — kurz sie wirtschaften als völlig unbeschränkte Herren auf einem Boden, der amnoch einen festen Bestandteil des Deutschen Reiches bildet, und verlangen stellenweise sofort die Entfernung deutscher Kruppen, die, nach schweren Wunden durch die polnische Bevölkerung herangezogen, die Ordnung wiederhergestellt hatten.

Man traut seinen Ohren nicht, wenn man hört von Aufbühnungsberichten an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, an Lloyd George, an Clemenceau, denen Beteuerungen zugehen über die Bande alter Freundschaft und gemeinsamer Bestrebungen, an Frankreich und Irland und wer sonst noch im Lager unserer Feinde einen mehr oder weniger großen Namen hat. Ganz offen rühmt man sich dieser Dinge, macht auch daraus kein Hehl, daß man sich an Willkür, den Oberbefehlshaber in Warschau, mit der Bitte um militärische Hilfe gewandt und, nachdem man von ihm einen Korb bekommen, bei der Entente um Unterstützung des in ihren Reihen kämpfenden Polenheeres zum Schutze der polnischen Interessen petitioniert hatte. Weiter kann man es nicht gut treiben. Aber in Berlin ist alles ruhig. Man verhandelt, daß die Aufhebung aller Ausnahmegesetze gegen die Polen unmittelbar bewirkt werde, legt sich aber nicht weiter auf, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Polen eben dabei sind, ihrerseits Ausnahmegesetze gegen die Deutschen zu schreiben. Selbstbestimmungsrecht der Völker — damit basta!

Selbstbestimmungsrecht der Völker — aber schließlich sind wir Deutschen ja vorläufig auch noch ein Volk oder so etwas Ähnliches. Wir haben in der Provinz Polen allein 800 000 Deutsche, nicht bessere aber auch nicht schlechtere Glieder unseres Stammes, als wir sie sonst irgendwo haben. Die schiden ihre Vorkommnisse immer noch

Berlin. Die Regierung schickte dann ihre Bevollmächtigten nach Polen — sie wurden von den Polen nach allen Regeln der Kunst eingewickelt und unschädlich gemacht. Also was bleibt? Mit den USA war nichts mehr anzufangen, denen hatten schon die Polen ihren Obdem eingeblasen, und sie bewährten sich dann als Vorkämpfer der Kolonisation unserer Ostmark. Aber neben ihnen hatten die Polen auch noch Volksräte ins Leben gerufen und diese Organisation auf dem in der vorigen Woche mit allem nationalen und kirchlichen Pomp abgehaltenen „Teilgeheimtag“ durch einen „Obersten Volksrat“ gekrönt. Alles natürlich zur höheren Ehre des zukünftigen Polenreiches, das von Danzig über Polen nach Oberschlesien reichen und diese preussisch-deutschen Grenzmarken mit Warschau und Lemberg zu einem großmächtigen Staatswesen vereinigen soll. Dieser Weg war auch für das Deutschtum unserer Ostprovinzen gangbar. Und so bildeten sich allenthalben Volksräte. In den Dörfern und kleinen Städten, in den deutschen Kolonien schlossen sie empor, zumeist ohne jede Anregung von außen. Aber das Beispiel, einmal gegeben, fand rasch in der Nachbarschaft willige Gefolgschaft, und es dauerte nicht lange, da schlossen sich auch schon die jungen Gebilde hier und da freis oder bezirksweise zusammen. Und in den aller-nächsten Tagen soll nun auch diese Schöpfung des Nationalitätenkampfes im Osten seine Krönung finden: am 12. Dezember tritt in Polen der „Deutsche Volksrat“ zusammen, dazu bestimmt, die deutschen Kräfte der Provinz in gleicher Weise, wie es auf polnischer Seite geschehen ist, zu einheitlicher Machtausübung zusammenzufassen. Die Deutschen im Osten wissen, es gilt die Verteidigung der Heimat, die Abwehr von Unterdrückung und Fremdherrschaft, die Bewahrung von Sprache und Sitten, die Zugehörigkeit zum ganzen, zum gemeinsamen Vaterlande — wie sollten sie da nicht aufwachen und zu den Waffen greifen: den Waffen des Wortes, der Auffklärung, der Solidarität und Organisation, um die Arbeit ihrer Väter nicht untergehen, um ihre Kinder und Kindeskiner nicht in der Blut der Polentums ertrinken zu lassen.

Es ist immer erhebend zu sehen, wie eine Nation oder ein Volksteil in höchster Gefahr den Kampf um Leben und Freiheit aufnimmt. Wir ändern sollten uns aber in diesem Falle nicht mit der bloßen Zuschauerrolle begnügen. Einmal sind es unsere Brüder und Schwestern, die ihre Zugehörigkeit zu uns bekämpfen wollen. Und dann würde die Grundlage für unsere ganze Wirtschaft erheblich verschmälert, wenn auch nur die Provinz Polen uns wirklich verlorenginge; von Westpreußen und Oberschlesien ganz zu schweigen. Also ist es ein deutscher Kampf, der jetzt im Osten entschieden werden wird, und deshalb muß es sein, was deutsch denkt und deutlich empfindet, mit ganzem Herzen teilzunehmen an dem schicksalsschweren Ringen dort. Lassen wir nicht im Stich, was zu uns gehört! Ist das nicht unser Pflicht? ...

Polen, fingen und lagen die Polen. Antworten wir ihnen, daß auch Polen noch nicht verloren ist, für uns nicht verloren. Und helfen wir den Deutschen, es für sich und für uns siegreich zu behaupten.

### Wilson und der Friedenskongreß.

Der Präsident nicht persönlich anwesend.  
Washington, 10. Dezember.

Von dem Dampfer „George Washington“ wird drabhtlos gemeldet, daß Präsident Wilson nicht persönlich bei den Friedensverhandlungen anwesend, wohl aber in Führung mit den leitenden Persönlichkeiten der Alliierten und bereit sein wird, die ihm unterbreiteten Fragen zu erledigen.

Diese Meldung muß einigermaßen überraschen. Wenn der Präsident nicht persönlich den Friedensverhandlungen beiwohnen will, so ist der Zweck seiner Europareise nicht recht ersichtlich. Wahrscheinlich wird er also nur an der Besäcker Vorankündigung teilnehmen, die die Grundzüge des Friedensvertrages festlegen soll.

#### Gegen jede Übermacht zur See.

Aber seine Haltung bei den kommenden Friedensverhandlungen hat Präsident Wilson sich kurz nach seiner Abfahrt von Amerika zu einem Mitarbeiter des „United Press“ geäußert, der seinem Blatte darüber durch Funk-spruch mitteilte:

Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu vertreten und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf der Freiheit der Meere und der allgemeinen Unterstützung bestehen. Auf das dreißigjährige Plattenprogramm der Vereinigten Staaten gefaßt beabsichtigt er, anzufordern, daß kein Volk die Vorherrschaft auf dem Meere innehaben dürfe und daß, wenn andere Völker ihr Plattenbauprogramm nicht einschränken, die Vereinigten Staaten das übrige erhöhen müßten. Der Präsident geht von der Ansicht aus, daß die Meere von der ganzen Welt bewacht werden müssen.

Hier wird also erklärt, daß Wilson auf der Friedenskonferenz erscheinen will. Allem Anschein nach hat diese Botschaft in England Zustimmung hervorgerufen, so daß die neue Erklärung vom Dampfer „George Washington“ gleichsam als Rückzug anzusehen ist. Wilson findet übrigens in seiner Ormal lebhafteste Gegenreaktion. Der ehemalige Präsident Roosevelt erklärt, die Entente könne auf die berühmten 14 Punkte nicht festgelegt werden, da sie sie nicht angenommen habe. Im übrigen müsse sich Amerika mit der zweiten Hälfte der Welt begnügen, und dürfe nicht beanspruchen eine ebenbürtige Rolle zu unterhalten, wie Frankreich.

## Verlängerung des Waffenstillstandes.

Verhandlungsbeginn am 12. Dezember.

Berlin, 10. Dezember.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen am 12. Dezember in Trier. Die dafür tätigen Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff und Kapitän a. S. Vanselew, sind gestern abend von Berlin über Kassel nach Trier abgereist, wo sie mit dem von Spaa kommenden General von Winterfeldt zusammentreffen werden.

### Ein neuer Protest.

#### Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens.

Gegen die von Marschall Foch am 7. Dezember angeordnete Absperrung des geräumten linksrheinischen Gebietes von der Lebensmittelzufuhr und des Verkehrs aus der neutralen Zone und dem übrigen Deutschland hat die deutsche Regierung auf diplomatischem Wege Einspruch erhoben, da diese Maßnahmen im Widerspruch zu den Abmachungen des Waffenstillstandes stehen, wonach „keine allgemeinen oder staatlichen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Wertes zur Folge hätten“. Durch die verhängte Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren „Entwertung“ eintreten muß, Produktionsmöglichkeit aber zwingt wiederum zur „Verringerung des Personal“, Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich getrennten irdentischen Gebieten sind die unabwendbaren Folgen.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu regeln, daß unbeschadet des Ausschaltens der Alliierten vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

Ein erneuter Protest ist dem General Rubant übermittelt worden wegen der Ausweisung von Beamten und anderen Personen aus dem besetzten Gebiet, was im Widerspruch mit dem Waffenstillstandsabkommen steht, in dem ausdrücklich den Bewohnern des besetzten Gebietes Sicherheit des Lebens und Eigentums vor jedem Eingriff zugesagt worden ist.

#### Abshätzung der Nordseeinseln.

Die Entente hat die von der Marinekommission erbetene Gefährdung des Waffenstillstandsvertrages abgelehnt und damit auch die Möglichkeit einer regelmäßigen Verbindung mit den Nordseeinseln in Frage gestellt. Infolgedessen ist der Nachschub der Verpflegung auch aus Marinebeständen für die Bevölkerung der Inseln nicht sichergestellt, selbst wenn die Überführung der Bevölkerung der Inseln von der Entente gestattet werden sollte. In Frage kommt in erster Linie die Bevölkerung der Insel Helgoland, welche während des Krieges auf dem Festlande untergebracht war.

#### Scheidemann über den Staatsgerichtshof.

Wie aus London berichtet wird, hatte der Pariser Mitarbeiter des „Daily Express“ eine Unterredung mit dem Volksbeauftragten Scheidemann, in deren Verlauf der deutsche Sozialistenführer erklärte, daß die feste Bürgschaft für die Stabilität der Regierung die Einberufung der Nationalversammlung sei.

Auf die Frage, welche Haltung die Regierung gegenüber dem Kaiser und der Forderung der Alliierten hinsichtlich der gerichtlichen Verfolgung der am dem Krieges schuldigen Verantwortlichen einnehmen werde, sagte Scheidemann: „Die Frage der Gründung eines Staatsgerichtshofes, vor dem alle, die an dem Kriegsausbruch Schuld tragen, erscheinen sollen, werde von der Regierung bereits erwogen, und die Nationalversammlung werde darüber zu entscheiden haben. Scheidemann selbst ist der Ansicht, daß der Kaiser schon genügend bestraft ist. Über die Hauptfrage, welche Schuld er am Kriege trage, müsse aufgeklärt werden.“

#### Alliiertenkommissionen in Berlin.

In Berlin sind eingetroffen: eine englische Abordnung, bestehend aus folgenden Mitgliedern: General Ravenshaw, Hauptmann Biferman, Leutnant von Kambank und Leutnant L. F. Breen; eine französische Kommission, bestehend aus: Geblanten Baron Albert d'Anthonnard, Delegierten des französischen Roten Kreuzes, Major Marcel

Rehm, Militärintendant Blanc Vagan, Dolmetscher-Offizier Roger Duffan, Leutnant Alexander Douc und Leutnant André Schaller; eine belgische Abordnung unter Führung des Generalsekretärs für Kriegsgefangenenwichen Victor Pleux, Major de Gols und Advokat Theophile Verca.

## Reichsfinanzen und Steuerpolitik.

### Eine Rede des Staatssekretärs Schiffer.

Vor den Angehörigen des deutschen Industrie- und Handelsklages hielt der Staatssekretär des Reichsschatz-amtes, Schiffer, einen Vortrag über das Thema: „Deutschlands Finanzen und Steuerpolitik“. Der Redner stellte zunächst fest, daß

#### unsere Finanzlage unübersehbar

ist. Man hat vergeblich versucht, einen Überblick über den Steuerbedarf des Reiches zu gewinnen. Im Frühjahr ist berechnet worden, daß der Steuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden etwa 19 Milliarden betrage (etwa 14 Milliarden mehr als im Frieden). Davon entfallen auf das Reich 14 Milliarden. Nun aber sind diese Berechnungen hinlänglich gemindert, weil wir erstens noch nicht die Forderungen unserer Feinde und zweitens nicht den Umfang des neuen Reiches kennen.

#### Alles ist unsicher.

Sicher ist nur der Mangel, wenn es so weiter geht, wie es jetzt getrieben wird; denn wenn das Wirtschaftsleben zerfallen wird, so ist der Ausbau des Steuerwesens eine glatte Unmöglichkeit. Gegenwärtig verlangt die Arbeit, die allein die Werte schafft, und damit auch der Kredit im Ausland, darauf, daß der Bankkredit gefördert und die Annahme deutscher Wechsel verweigert wird. Wir müßten schleunigst Ruhe und Ordnung, Recht und Gerechtigkeit schaffen, dann ist Hoffnung auf Genesung, denn Deutschlands Volkswirtschaft kann über jede Steuer hinwegkommen. Zurzeit können neue Steuererlässe nicht erlassen werden. Nur ein neues Kriegssteuergesetz

wird die großen Kriegsgewinne reiflos erlassen, die kleinen Ersparnisse indessen schonen. Daneben wird eine starke Vermögensabgabe kommen, die sich nach der Verschwendung der Objekte, sowie nach dem Alter und der Arbeitsfähigkeit der Verpflichteten richten wird. Wahrscheinlich wird dabei die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht werden, wie denn auch bei der Steuerzahlung die Kriegsanleihe eine große Rolle spielen wird. Redner erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit der Anpassung der Vermögenssteuer an die Vermögensabgabe, den Ausbau der Einkommens- und Erbschaftsteuer, sowie die Einführung einer Reichseinkommensteuer. Im Zusammenhang damit steht der Ausbau der Erbschaftsteuer, die Neuordnung der Verbrauchssteuer und die Schaffung einer Kapitalertragsteuer. Eine

#### Erhöhung der indirekten Steuern

ist natürlich nicht zu vermeiden. In Frage kommt zunächst der Tabak und zwar ist geplant die Zigarettensteuer abzuändern. Weiter wird die Indirectsteuer erhöht, ebenso die Grundsteuereinkommensteuer, die zugleich vereinfacht werden soll. Vor allem aber soll die Umsatzsteuer (besonders auf Luxusgegenstände) wesentlich erhöht werden. Aber alle Steuern werden zur Tragung der Lasten nicht ausreichen. Dazu ist vielmehr eine unmittelbare

#### Verteilung des Reiches am Wirtschaftsleben

notwendig. Die Sozialisierung und Monopolisierung wird schrittweise durchgeführt werden, wobei an eine Beschlagnahme ohne Entschädigung nicht gedacht wird. Als Monopole kommen wahrscheinlich in Frage: Versicherungswesen, Wasserkräfte, Teile der elektrischen Versorgung. Hier und da wird man auch gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen bilden, d. h. Syndikate und Kartelle, an deren Reingewinn das Reich beteiligt ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Staatssekretär darauf hin, daß es im Interesse unserer Feinde läge, uns nicht zu vernichten, denn nur ein Schuldner, der die Kraft habe, sich zu entlasten, könne etwas leisten. Auch unsere Feinde müssen schließlich einsehen, daß der Sieg auch dem Sieger Willkür auferlegt.

## Der Einzug der Garde in Berlin.

fg Berlin, 10. Dezember.

Die Reichshauptstadt war heute in festlicher Empfangs-Einstimmung, die auch der häßliche Nebelregen nicht herabzuhalten vermochte und ungezählte Hundstufen strömten um die Mittagsstunde der historischen Feststraße, den Linden, zu, um hier, durch das Brandenburger Tor heim-

kehrenden Truppen den Willkommensgruß der Heimat zu erbleiben. Kein äußerlicher Paradezug und keine Triumpfbögen sind zu sehen, aber in liebevoller Schlichtheit schmücken Tannenzweige und Blumen, darüber die knatternden Fahnen die Einzugstraße.

#### Am Brandenburger Tor

hatten sich gegen 1 Uhr die Mitglieder der Regierung mit Ebert an der Spitze sowie die Vertreter der Militär- und Zivilbehörden zur Begrüßung eingefunden. Auf einer kleinen, höchstens einen Quadratmeter großen Rednertribüne standen in drangvoll fürchtlicher Enge etwa ein Dutzend Personen. Die ganze Regierung ging nicht hinaus, denn schon bei dieser Belästigung krachte und mankte das Gerüst, ein Umstand, dessen sich allseitig die Berliner Volkswirtschaft bemächtigte: „Was ist, Emil, gleich kurz die junge neue Regierung!“ — Kurz nach 1 Uhr erreichten die Spitzen der Garde-Kavallerie-Schüßendivision das Brandenburger Tor, wo ihnen eine Garde-Infanterie-Kapelle unter Leitung des Armeemusikleiters den ertönen Brandenburger March entgegenklingelte.

#### Volksbeauftragter Ebert

erbot den wackeren Kämpfern, die unter Führung des Generalkommandants v. Hofmann heranrückten, unter dem drausenden Jubel der Bevölkerung den Willkommensgruß. Er sagte u. a.:

Willkommen in der deutschen Republik! Laßt uns in erster Linie der teuren Toten, sowie der Verwundeten und Verwundeten gedenken. Durch Taten wollen wir unserer Dankbarkeit Ausdruck geben. Deshalb war auch die Verbesserung der Sozialfürsorge die erste Tat der neuen Regierung. Die Heimat begrüßt Euch in froher Erwartung. Kein Feind hat Euch überwunden. (Brauender Beifall.) Offiziere und Mannschaften haben allen Schrecken des Krieges überstanden und erbundenen Hauptes dürft Ihr in die Heimat zurückkehren. Im Namen des Volkes nochmals tiefinnigen Dank!

Nach Ebert sprach Oberbürgermeister Bernuth namens der Stadt Berlin: „Ihr erlebte“, so sagte er zum Schluß seiner Rede, „ein Altes und findet ein Neues wieder. Laßt uns vereint um dieses Neue weitreifen, damit wir im reiblichen Regen der Kräfte durch den kalten Winter zum lichten Frühling der Freiheit, der Einigkeit und der Befriedigung gelangen.“ Darauf erfolgte der

#### Vorbereitung über den Pariser Platz,

den Generalleutnant Reuiss abnahm und Generalleutnant o. Hofmann befehligte. Es zogen unter ungeheurem, nicht ausbleibendem Jubel der Bevölkerung vorbei: Garde-Kavallerie, Dragoner 4 und 8, Kürassiere 4, Leibkürassiere aus Breslau und die 11. Usarzen (die Strelitzer, „Tanzusarzen“). Die gesamte Division trug Stahlhelme und alle Waffen. Rückblende sei noch erwähnt, daß diese Division besonders ruhmvoll bei Soissons und Cambrai gekämpft hat. Sie kam jetzt aus Ostogno in Luxemburg und ist nördlich Koblenz über den Rhein gegangen. Zuletzt bildete sie den rechten Flügel der 1. Armee. General Reuiss war bis zum Waffenstillstand Gouverneur von Metz.

#### Die Vereidigung auf die neue Regierung

für die Division erfolgte am Tage vor dem Einzug durch den Volksbeauftragten Ebert in Stieglitz, der der Formung Ausdruck gab, daß die Truppe die Regierung bei der Lösung ihrer schweren Aufgabe unterstützen werde. Die Eidesformel lautete:

Wir geloben, zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die einzige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, einzusetzen.

General Reuiss leistete diesen Eid für seine Truppen, ebenso die bei dem Akt anwesende Deputation der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aus allen Regimentern. — Am 14. Dezember hält die erste Garde-Infanterie-Division, die bis vor kurzem Prinz Friedric hat, unter Führung des Generals v. Jena ihren Einzug in Berlin.

## Politische Rundschau.

### Rußland.

\* Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Montreal: Der Gesandte der allrussischen demokratischen Regierung in Omsk, Brins Smow, glaubt, daß der Sturz der Bolschewiki-Regierung unmittelbar bevorstehe. Brins Smow, Baron Koff und Iskowlitsch kehren nach Abschluß einer Anleihe von 1 1/2 Millionen Pfund Sterling in Washington nach Sibirien zurück. In Washington herrscht große Sympathie für die Errichtung der Vereinigten Staaten von Rußland mit Petersburg als Hauptstadt.

## Liselottes Heirat.

34] Roman von H. Courths-Mahler.

Liselotte hatte mit ihren durch Eifersucht gekürzten Augen sehr wohl bemerkt, daß sich erst Sibylle, dann Wolf von der Gesellschaft entfernt hatten. War Wolf auch nach dem Wintergarten hinausgegangen und die Herrin des Hauses nach der entgegengesetzten Seite, so wußte sie doch sehr gut Bescheid in Gertrude und zweifelte keinen Augenblick, daß sich die beiden durch die gegenüberliegende Zimmerreihe entgegenkommen würden, um sich ungehört zu sprechen.

Ein würdiges Gefühl preßte ihr die Knie zusammen. Sie war nicht imstande, den jungen Mädchen länger Rede und Antwort zu stehen, und zog sich von ihnen zurück, um ein Fleckchen zu suchen, wo sie sich mit ihrer Verzweiflung verborgen konnte.

Sie betrat das einsame Besesszimmer und setzte sich mit alternden Anien in eine der tiefen Fensterstühle. Um ganz ungehört zu sein, zog sie den schweren Vorhang auf, so daß sie abgesehen von der Nische sah und nicht bemerkt werden konnte.

In ihrem Schmerz sah sie da, ohne sich zu rühren, ein Opfer widerstrebendster Empfindungen.

Nicht lange danach hörte sie, wie das Zimmer betreten wurde. Durch einen Spalt in dem Vorhang erkannte sie Senden und Römer. In der Hoffnung, daß die beiden Herren sich bald wieder entfernen würden, blieb sie sitzen, ahnungslos, daß sie so zum Zeugen eines sehr ernsten Gesprächs wurde. Gegen ihren Willen vernahm sie, was die Herren sprachen, und mit einem Male kam Leben in ihre starre Haltung, und sie lauschte mit angehaltenem Atem.

Römer war mit Senden zu gleicher Zeit eingetreten. Ohne Platz zu nehmen, blieb er vor ihm stehen. „Herr von Senden, Sie werden sich denken können, daß ich eine besondere Veranlassung hatte, Sie hierher zu bitten.“ „Aberdings?“ — „Sie werden auch nicht ganz ahnungslos sein, daß ich über meine Frau mit Ihnen zu sprechen wünsche.“

Senden vernichte nun nur mumm. Römer fuhr fort: „Es ist mir wiederholt unangenehm aufgefallen, daß Sie sich meiner Frau in einer Weise nähern, die mir nicht gefällt.“ — „Eine harmlose Huldigung der Schönheit, Herr von Römer.“

Diese Huldigung scheint mir aber die Grenze des Erlaubten bereits überschritten zu haben. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß ein sehr geringes Mehr meine Frau kompromittieren könnte. Das darf nicht sein. Ich bitte Sie, diese — ich will annehmen — harmlosen Huldigungen auf das äußerste zu beschränken, und erwarte von Ihnen, daß Sie diesen meinen Wunsch streng respektieren. Der Ruf einer Frau ist heilig, das möchte ich Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen.“

Senden klopfte mit der Fingerspitze leise den Boden und sah Römer eigenhändig lächerlich an.

„Herr von Römer“, sagte er langsam und sehr deutlich, „es würde besser sein, Sie richteten diese wohlgeleitete Warnung an einen anderen.“

Römer sah ihn etwas erkannt an. „Wie meinen Sie das?“ — „Ich meine, daß Sie sich an die falsche Adresse richteten mit Ihrer — Eifersucht. Ihre Frau Gemahl hat mich nur ein wenig als Spielzeug und Blauschleier benutzt. Es dürfte besser sein, Sie richteten sie mit Ihrem Vorwürfen an Herrn Wolf Gertrude.“

Römer fuhr auf. „Was wollen Sie damit sagen?“ — „Senen sah ihn neugens an. „Das Ihre Gattin sich nicht eines Unwohlseins halber zurückgezogen hat, wie Sie mir mitteilen, sondern daß sie sich eben mit Herrn von Gertrude ein verschwiegendes Stillsitzen in dem kleinen roten Salon neben dem Wintergarten gibt.“

„Mein Herr, für diese Behauptung müssen Sie sich sofort an den bezeichneten Ort begeben, um sich zu überzeugen. Ich werde Sie begleiten.“

Römer sah erlebend in Sendens unbewegliches Gesicht und wandte sich zum Gehen. „Kommen Sie“, rief er rauh.

Raum hatten die beiden das Gemach verlassen, da teilte sich der Vorhang am Fenster. Liselotte flog wie gejagt durch die andere Tür hinaus, durchkärmte in wilder

was einige Zimmer und erreichte an allen Gliedern zitternd noch vor den beiden Herren den Wintergarten von der andern Seite.

Das hatte sie gewollt. — Als sie das Gespräch der Herren belauschte, war ihr von allem nur eins klar: Wolf war in Gefahr, und sie mußte ihn zu retten suchen. — Alles andere fiel in dieser Stunde als wertlos von ihr ab. Nur die Angst um ihn trieb sie fast instinktiv zum Handeln. Mit bebender Hand klopfte sie an die verschlossene Tür des Salons.

„Offne, Wolf — um Gottes willen, öffne sofort, es ist Gefahr im Anzug. Schnell, schnell!“ rief sie heiser zu dem Türspalt hinein.

Wolf, der gar nicht beachtet hatte, daß Sibylle hinter sich die Tür verschlossen hatte, öffnete sofort, als er Liselottes vor Aufregung heisere Stimme hörte.

„Was gibt es, Liselotte?“ fragte er mehr erschauert als erschreckt.

Die junge Frau sah mit zitternden Händen Sibylles Arm und zog sie mit sich auf den Dwan nieder.

Ihr Gatte und Herr von Senden folgen mir auf dem Fuß. Senden hat Ihrem Mann verraten, daß Sie mit Wolf hier ein Rendezvous haben. Ich kam ihnen gottlos zuvor, um die Gefahr abzuwenden. Man kommt um Gottes willen Ruhe, sonst ist alles verloren.“

Wolf sah saffungslos auf seine Frau. Im Neben ihrer Stimme, am Glanz ihrer Augen erkannte er ihre Aufregung. Er war nicht imstande, die Situation so blüßschnell zu übersehen wie Sibylle, die sofort begriff, um was es sich handelte. Während er stumm und betroffen in einem Stuhl glitt und sich erst nach und nach den Zusammenhang erklärte, hatten die beiden Frauen schon ein gleichgültiges Gespräch angefangen, und als gleich darauf Römer an der noch offenstehenden Tür erschien und hinter ihm Senden, sahen die beiden auf eine äußerst harmlose Gruppe.

Sibylle lächelte ihrem Mann schelmisch zu, wohl mit etwas blassem Gesicht, aber ganz unbelangen.

(Fortsetzung folgt.)

## Neueste Meldungen.

**o Todesstrafe gegen Wucherer.** Im Anschluß an die Aufhebung des großen Kleiderhamstereis in München wurde die bayerische Regierung aufgefordert, ein Gesetz zu schaffen, das die Einführung der Todesstrafe auf jedweden Wucherer und die Einziehung des wucherisch erworbenen Vermögens vorsieht. Der Ministerpräsident sagte kasseltig Maßnahmen seitens der Regierung zu.

### Deutsche Note über Elsaß-Lothringen.

Berlin, 10. Dez. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat an Frankreich eine Note gerichtet mit dem Erlauchen, die Beamenschaft und den Pensionären in Elsaß-Lothringen die Gehälter bzw. Pensionen bis zum Friedensschluß vorzuschüssig zu zahlen, um einen Notstand zu verhindern.

### Lemberg vor dem Fall.

Prag, 10. Dez. Die Stadt Lemberg ist von allen Seiten von den ukrainischen Truppen umzingelt. Es herrscht Hungersnot in der Stadt. Der Fall Lembergs ist stündlich zu erwarten.

### Die böhmische Republik.

Wien, 10. Dez. Nach einer Meldung aus London wird die tschechisch-slowakische Republik demnächst offiziell in eine böhmische Republik umgewandelt. Das Verhältnis Böhmen zu Ungarn wird auf der Friedenskonferenz besonders aufkommen.

## Letzte Drahtberichte

### des „Wilsdruffer Tageblattes“.

**Ausweisung der deutschen Beamten aus Straßburg.**  
Straßburg, 10. Dez. Wie verlautet, haben die Franzosen alle höheren deutschen Beamten aus Straßburg ausgewiesen. Diese müssen die Stadt binnen 24 Stunden verlassen. Sie dürfen keine Wertpapiere und nicht mehr als 500 Mark an Geld mitnehmen.

### Antrag auf Früherlegung der Wahlen.

Kassel, 10. Dez. Der Reichskanzler hat an den Reichspräsidenten eine dringende Vorstellung gerichtet, in der er darlegt, daß der Termin für die Wahlen für die Nationalversammlung unter allen Umständen bedeutend früher als auf den 16. Februar gelegt werden müsse, und hat den ersten Sonntag im Januar als spätesten Wahltermin vorgeschlagen. Begründend wird ausgeführt, es stehe fest, daß die Entente nur mit einer durch den Volkswillen legitimierten Regierung über den Frieden verhandeln wolle.

Wilhelm II. soll lebenslanglich inhaftiert werden.

Paris, 10. Dez. Nach Londoner Meldungen genügt der Entente der Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen nicht. Ohne Rücksicht auf die Schuldfrage wird die Sicherheit des Kaisers auf Lebensdauer und ferner noch ein ausdrücklicher Verzicht aller männlichen Mitglieder des Kaiserhauses verlangt.

## Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 11. Dezember.

**— Zur kirchlichen Neuordnung in Sachsen.** Am Montag den 9. Dezember versammelten sich in Dresden zahlreiche Vertreter der kirchlichen Organisationen und Vereine Sachsens zu längeren Beratungen über die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Auch Frauen waren in großer Zahl erschienen. Die Verhandlungen waren getragen von dem Entschluß, angesichts des Ernstes der kirchlichen Lage und des zu erreichenden Zieles alle trennenden Unterschiede zurückzustellen. Der Wille der Versammlung kam in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck: Die am 9. Dezember in Dresden auf Einladung des Verständigungsausschusses des Sächsischen Landesverbandes der freien kirchlich-sozialen Konferenz und der Sächs. Evangelisch-sozialen Vereinigung zusammengetretene Versammlung konstituiert sich als freier Arbeits-Ausschuß der Landeskirche zur Mitarbeit an der bevorstehenden kirchlichen Neuordnung. Er fordert alle Kirchengemeinden auf, in örtlichen Organisationen im gleichen Sinne zu arbeiten. Der Ausschuss verfolgt folgende Ziele: 1. Unterstützung der kirchlichen Instanzen bei der entschiedenen Wahrnehmung der Rechte der Kirche gegenüber den gegenwärtigen Machthabern, 2. Erhaltung der Kirche als einer einheitlichen Volkskirche, 3. Einheitliches Vorgehen in Fragen der kirchlichen Neugestaltung soweit irgend möglich. Auch zur Frage der Mitwirkung der Arbeiterschaft in der evangelischen Kirche nahm die Versammlung in folgender Kundgebung Stellung: Die Versammlung ist einmütig der Ansicht, daß bei einer kirchlichen Neuordnung die Arbeiterschaft in besonders hohem Maße heranzuziehen ist. Alle an den Wahlen beteiligten Körperschaften sollen nach Möglichkeit geeignete Vertreter der Arbeiterschaft abordnen. Auch erscheint es nötig, bei der Zusammenlegung einer Kirchenversammlung der kirchlich gesinnten Arbeiterschaft als solcher eine größere Anzahl von Sitzen einzuräumen. Endlich wurde die von einem Dresdner Architekten angeregte Gründung eines Volkskirchlichen Laienbundes für Sachsen mit Freuden begrüßt und die vorgelegten Richtlinien dieses neuen Bundes gutgeheißen.

**— Pferdewerfeigerungen.** Die öffentlichen Versteigerungen der durch Beendigung des Krieges überzählig werdenden Dienstpferde haben aus verschiedenen Gründen bereits beginnen müssen, ehe die hierfür vorgesehenen Ausweise (Pferdekarten) den Zivilverwaltungsbehörden zur Verteilung an die Pferde gebrauchende Bevölkerung überwiesen werden konnten. Nachdem dies nunmehr geschehen ist, liegt es im Interesse der Pferdegebräucher, sich zur Erlangung der für ihren behördlich anzuerkennenden Pferdebedarf erforderlichen Pferdekarten, baldmöglichst bei der zuständigen Stelle (Amtshauptmannschaft oder Stadtrat) zu melden, da zu den Versteigerungen in einigen Tagen nur noch Karteninhaber Zutritt erhalten werden. Solche Gebraucher von Pferden, die zu den kleinen, unbemittelten Landwirten und Gewerbetreibenden zählen, und zur Erlangung der unumgänglich nötigen Spannkraft vorzugsweise berücksichtigt werden müssen (was von den die Karten ausgebenden Zivilbehörden zu beurteilen ist), erhalten rote Pferdekarten, insbesondere diejenigen unter ihnen, die durch Verwundung usw. im Felde in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt sind oder Angehörige, die Ernährer der Familien waren, aus Anlaß von Kriegsereignissen verloren haben. Auf den Versteigerungen sollen zunächst nur die Inhaber roter Karten, die deutlich sichtbar getragen werden müssen,

zum Bieten zugelassen werden, die Inhaber weißer Pferdekarten erst dann, wenn erstere abgefunden sind. Mit Rücksicht auf die allgemeine Transportlage können die Pferdeversteigerungen nur in den Demobilisationsorten der Truppen stattfinden. Die Pferdegebräucher müssen sich daher über die Bekanntmachungen der Versteigerungen rechtzeitig unterrichten und sie aussuchen. Als Zahlungsmittel werden Kriegsanleihen zum Nennwert in Zahlung genommen, und zwar die fünfprozentigen Schuldverschreibungen aller Kriegsanleihen ohne Unterschied und die erstmalig bei der 6. Kriegsanleihe ausgegebenen 4 1/2 prozentigen auslosbaren Schatzanweisungen, jedoch nur in Grenzen des Kaufpreises. Herauszahlungen in bar finden nicht statt. Bei den Pferdewerfeigerungen werden Käufer, die die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, bei sonst gleichen Geboten vor anderen berücksichtigt. Der laufende Zinsschein der Kriegsanleihe bleibt dem Käufer belassen. Dieser hat dafür neben dem Kaufpreise die Stückzinsen vom Zahlungstage ab bis zum Tage der Fälligkeit des Zinsscheines zu entrichten.

**— Auflösung der Strafkompagnien.** Das Ministerium für Militärwesen hat eine Verordnung erlassen, derzufolge die Strafkompagnien (Arbeiterabteilungen) mit dem 31. Dezember aufgelöst werden.

Es besteht vielfach die Sorge, daß von den zurückkehrenden Truppen Seuchen und Ungeziefer eingeschleppt werden könnten. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß eine Entlassung von Mannschaften erst dann erfolgt, wenn durch den Arzt festgestellt ist, daß sie lause- und seuchenfrei sind. Wenn trotzdem einzelne Mannschaften nicht entlastet sein sollten, so können diese ihre Sachen kostenfrei im Reservelazarett Meißen oder anderen Entlassungsanstalten reinigen lassen, sie können ihre Sachen gegen Quittung dort abgeben und nach Reinigung wieder abholen. Im Interesse der Volksgesundheit ist zu wünschen, daß alle, die f. Z. nicht entlastet worden sind, hiervon Gebrauch machen.

**— Verwertung der Zigarren- und Tabakvorräte des Heeres.** Die Dresdner Handelskammer hat das sächsische Ministerium ersucht, dahin zu wirken, daß die bei Friedensschluß bei der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikanten in Minden und bei den Marktberatern in den Stappenorten usw. etwa lagernden Zigarren- und Tabakvorräte unmittelbar dem Kleinhandel zugeführt werden, insbesondere unter Ausschaltung von Versteigerungen u. dergl., da dann die Vorräte leicht in die Hände von Schiebern und Kettenhändlern fallen könnten.

**— Die sächsischen Truppen in der Südukraine.** Ueber Königswasserhausen geht dem Dresdner A. und S.-Kat folgendes Telegramm vom 8. Dezember zu: Zur Beruhigung aller, die Angehörige bei den sächsischen Truppenteilen in der Südukraine haben (J. K. 415; 6. Batterie f. A. R. 279; Stabschef Seelmann; Feldbäckereikolonie 78; Feldlazarett 178 in Nikolajew) und die seit langer Zeit ohne Nachricht geblieben sind, wird mitgeteilt, daß demnächst die Abbeförderung dieser Truppen zu erwarten ist. Die Truppen aus der Türkei sind auf der Durchreise nach der Heimat. Es ist alles wohl und munter. Der Soldatenrat in Nikolajew.

**— Aus dem Felde sind eingetroffen:** Das Jäger-Bat. Nr. 12, das in Mulda und Umgebung untergebracht ist, feiner die 4. Abteilung des Feldart.-Regts. Nr. 12, und zwar in Königstrück (Neues Lager). Im Abtransport begriffen ist die 96. Inf.-Div. aus der Gegend von Stuttgart (Elsaß-Regiment 40, Ref.-Inf.-Regt. 244 und Landwehr-Inf.-Regt. 102), während der Abtransport der 40. Inf.-Div. (Infanterie-Regimenter 104, 134, 181) bevorsteht.

**— Neukirchen.** Die Gründung eines Bauernrates wurde am vorigen Sonnabend von allen Ortsvereinen beschlossen und vollzogen. Es nahmen außerdem noch daran teil die Gemeinde Steinbach und die Rittergüter Neukirchen und Steinbach. Herr Rittergutsbesitzer Wunderling gab zuvor die Aufgaben und Ziele des zu gründenden Bauernrates bekannt.

**— Dresden.** Nach bei der „Bohemia“ eingegangenen Nachrichten werden 10000 Franzosen Ende Dezember die Stadt besetzen. In Prag, das Verbändlertuppen erwartet, könnte man es wissen!

**— Rößchenbroda.** Wegen Betriebseinstellung des Elektrizitätswerkes Niederlöbnitz infolge Kohlenmangels kann der hiesige General-Anzeiger nur als Notstands-Ausgabe, zwei Seiten stark, erscheinen.

**— Königstein.** In ihrer Berufstätigkeit wurde die hiesige Heimbürgerin Frau E. beim Einsargen einer Toten plötzlich vom Tode überrascht. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ziel gesetzt.

**— Schmiedeberg.** Der 46 Jahre alte frühere Briefträger E. R. S. von hier warf sich Montag abend zwischen Buschmühle und Schmiedeberg vor dem Durchfahren des Abendpersonenzuges nach Hainsberg in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen, wurde überfahren und sofort getötet. Der Personenzug erlitt hierbei einen Aufenthalt von 20 Minuten.

**— Bischofswerda.** Auf dem hiesigen Bahnhofe wollte ein Soldat aus Freiberg, der mit einem Militärzug hier durchfuhr, auf dem äußeren Trittbrett sich in ein anderes Abteil begeben, wobei er abstürzte und tödlich überfahren wurde.

**— Baugen.** Die Einführung des Achtstundentages stellt auch an die Gemeinden große Anforderungen. Die Ausgaben des städtischen Gaswerkes steigern sich infolge der achtstündigen Arbeitszeit um 30000 Mark und diejenigen des städtischen Elektrizitätswerkes um 25000 Mark jährlich.

**— Chemnitz.** Bei den heutigen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz erlitten die Chemnitzer Unabhängigen eine furchterliche Niederlage. Es erhielten Liste I (Mehrheitssozialdemokraten) 39187 Stimmen, Liste II (Unabhängige) 4287 Stimmen. Ungültig waren 62 Stimmen. Eine Anzahl Ergebnisse stehen noch aus. Sie werden jedoch das Resultat nicht mehr zugunsten der Unabhängigen ändern.

**— Chemnitz.** Der Rat bewilligte 500000 Mark für Erwerbslosen-Unterstützungen in der Uebergangszeit und 500000 Mark zur Fertigstellung des neuen Friedhofes als Notstandsarbeiten.

**— Leipzig.** In selbstmörderischer Absicht sprang ein junges Mädchen in den tiefen Pleißenmühlgraben. Der gerade hier weilende Oberpostassistent Noack aus Chemnitz hatte den Vorfall bemerkt und sprang dem Mädchen ohne Zaudern nach. Er erreichte es auch. Da aber das Mädchen schon ziemlich weit vom Ufer entfernt war, drohten dem braven Manne im kalten Wasser die Kräfte zu verlassen. Im Augenblick der höchsten Gefahr, Noack war mit seiner Last schon selbst am Untergehen, warf man ihm eine Leine zu. Der Retter und das Mädchen wurden dann glücklich ans Land gezogen. Das letztere konnte zum Leben zurückgerufen werden. Es hatte den Tod wegen des Verlustes einer Hand gesucht.

### Verlustliste Nr. 565

#### der Sächsischen Armee,

ausgegeben am 6. Dezember 1918.

Schumann, Kurt, Gefr., Helbigsdorf — vermist.  
Hommel, Alfred, Köhrsdorf — l. v.  
Dachsel, Arno, Kesselsdorf — bish. vermist, i. Gefang.  
Loche, Erich, Witzsch, Braunsdorf — bish. l. v., ist l. v. u. vermist.  
Wachtel, Willi, Müllitz — inf. Krankheit i. e. Ref. Laz. gestorben.  
Stirl, Erwin, Mohorn — verm. u. vermist.  
Fischer, Arno, Klipphausen — l. v., b. d. Tr.

### Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Jähnske in Wilsdruff.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer: L. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Jähnske, beide in Wilsdruff.

Wir lösen alle Ende Dezember d. J. und Anfang Januar 1919 fällig werdenden

# Zinsscheine

sowelt sie Wert haben, von jetzt ab spesenfrei ein und halten uns zur Besorgung aller sonst im Bankfach vorkommenden Geschäfte angelegentlich empfohlen.

## Mitteldeutsche Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Geschäftsstelle Wilsdruff.

101

Annahme verzinslicher Bareinlagen zu günstigsten Bedingungen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Einlösung von Zins-Gewinnanteilscheinen und ausgelosten Wertpapieren.  
Beleihung von Wertpapieren und Sparkassenbüchern.  
An- und Verkauf fremder Geldsorten.  
Spesenfreier Scheckverkehr.

## Mitteldeutsche Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Magdeburg — Dresden — Leipzig — Hamburg.

Geschäftsstelle Wilsdruff, Dresdner Strasse 94.

Fernsprecher Nr. 7. — Gemeindeverbands-Giro-Konto Wilsdruff Nr. 45.

Postscheck-Konto Leipzig Nr. 32974.

Reichsbank-Giro-Konto durch die Meissner Bank in Meissen.

Einziehung und Ankauf von Wechseln.  
Verwaltung von Wertpapieren sowie Aufbewahrung geschlossener Wertpakete.

Vermietung von unbedingt feuer- und einbruchssicheren Stahlfächern.

Die Fächer stehen unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

— Strengste Verschwiegenheit. —

## Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

vom Königlich Sächsischen Ministerium der Justiz zur Annahme von Mündelgeldern im Falle des § 1808 des B. G.-B. ermächtigt.

Aktienkapital: 125 000 000 M.

**Potschappel** Charandter Straße 13  
(Goldner Löwe)

Reserven: 55 000 000 M.

Wir halten unsere Dienste für die Vermittlung aller Arten von Bankgeschäften angelegentlich empfohlen, insbesondere befassen wir uns mit

Annahme von Bareinlagen zur Verzinsung  
Scheckverkehr, Eröffnung laufender Rechnungen  
Diskont und Einzug von Wechseln  
An- und Verkauf und Beleihung von Wertpapieren  
Einlösung von Zins- und Dividendscheinen

Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust  
Vermögensverwaltung  
Aufbewahrung von offenen und geschlossenen Depots unter  
gesetzlicher Haftung  
Ausstellung von Kreditbriefen u. Schecks auf das In- u. Ausland.

**Stahlschrankfächer**, unter dem eigenen Verschluss des Abmieters  
und dem Mitverschluss der Bank befindlich,

stellen wir zu günstigen Bedingungen zur Verfügung.

Fernsprecher: Amt Deuben-Potschappel  
Nr. 111.

Kassenstunden: 9-1 und 3-4 Uhr,  
Sonnabends nur 9-1 Uhr.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt  
Depositenkasse Plauenscher Grund.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss verschied  
gestern abend meine innigstgeliebte Frau, unsere treu-  
forgende Mutter

### Marie Elisabeth Junge

geb. Frohne.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Wilsdruff, am 11. Dezbr. 1918. Paul Junge, Sparkassenkassierer.  
Hans Junge.  
Margarete Junge.  
Curt Junge.  
Rudolf Junge.

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen findet Sonnabend  
den 14. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

## Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei  
dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Frau

### Henriette Medes

geb. Pichsch

sagen wir hierdurch allen unsern tiefgefühltesten Dank.

Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“  
in die Ewigkeit nach.

Kaufbach, den 8. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Todesanzeigen

wie überhaupt alle Inserate  
vermitteln wir zu  
jeder Zeit  
zu Originalpreisen  
an alle Zeitungen  
im deutschen Reiche unter  
fachmännischem Rat :-  
Geschäftsstelle des Tageblattes.

Weihnachts-Geschenke  
elektrische Bügeleisen,  
Licht- u. Kraftanlagen.  
Motor-Reinigungen,  
Reparaturen sofort.  
Ferd. Jotter, Wilsdruff.  
Fernruf 542.

Dauerbrandöfen  
Spar-Kochherde

in allen Größen.

Paul Schmidt,  
Dresdner-Strasse 94, Ecke  
Rosenstrasse  
Fernsprecher 484.

Haus  
mit etwas Geld  
baldigst zu kaufen  
gesucht. Angebote  
unter 899 an die Geschäfts-  
stelle ds. Bl. erbeten.

1 Zimmerer-Schreiner  
1 Maurer-Schreiner  
nehme ab 1. April 1919 noch  
in Lehre.

Fr. Emil Bertholdt  
Architekt und Baumeister  
Wilsdruff, Weiskirchenstr.

Wanzen! Fische! 1100  
Angebot!  
idiot radikal „Discret“. Bei  
Paul Kleisch, Drogerie.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
beim Hinscheiden unserer lieben Tochter und  
Schwester

### Margarete

hierdurch unsern  
herzlichsten Dank.

In tiefstem Schmerz  
Familie Oskar Schubert.  
Wilsdruff, am 11. Dezbr. 1918.

## Weihnachts-Ausstellung

in  
Spielwaren  
sowie  
Geschenk-, Sport- und  
Weihnachts-Artikel

empfehlen  
Paul Schmidt  
Dresdner Strasse 94, Ecke Rosenstrasse.

## Als Hauschlächter

empfehlen sich  
Georg Schröder, Helbigsdorf.

## Landwirtsch. Verein Wilsdruff.

Mittwoch den 18. Dezem-  
ber 1918 nachm. 4 Uhr  
im Gasthof zum „Weißen  
Adler“ in Wilsdruff.

Tagesordnung:  
Niederschrift über die letzte  
Sitzung.  
Eingänge.  
Aufnahme neuer Mitglieder.  
Das Umfassungsgesetz in  
seiner Bedeutung für die  
Landwirtschaft.  
(Herr Rechtsanwalt Dr.  
Philipp-Dresden.)  
Die politische und wirtschaft-  
liche Lage.  
(Der Vorsitzende.)  
Fragelasten.  
Der Vorsitzende.

Bäckerlehrling  
für Oetern 1919 sucht  
Bäckermeister Alfred Kunze,  
Limbach.

Größere Stallungen  
und Schuppen sowie kleine  
Wohnung zu vermieten.  
Wilsdruff, Löbstrasse 246.  
Wir bitten höflichst, An-  
zeigen bis 11 Uhr vor-  
mittags anzugeben.

## Holzpanzern

mit Lederblättern  
hat preiswert abgegeben  
Schnellbefehl-Anstalt Wilsdruff.

## Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung

in der 50. Woche.  
Zwirn für Inkaber von Nähfadentypen ist  
bis zum 13. ds. Mts. bei der Firma Calow  
hier abzuholen.  
Donnerstag den 12. Dezember nachmittags 1 Uhr  
bei Herrn Starke:  
Seckerie, 1 Pfund für 50 Pfennige.  
Kesselsdorf, am 11. Dezember 1918.  
Der Ortsauschuss.